



Hiltrud Breyer MdEP

8 G 265, Rue Wiertz, B – 1047 Brüssel

Tel.: 0032-2-284 52 87, Fax: 0032-2-284 92 87

Straßburg: Tel.: 0033-3-88-17 52 87, Fax: 0033-3-88-17 92 87

E-Mail: hiltrud.breyer@europarl.europa.eu

Internet: www.hiltrud-breyer.eu

Pressemitteilung

Brüssel, den 19. Oktober 2007

Nanotechnologie nicht im rechtsfreien Raum lassen EU muss Regulierung vorlegen

Anlässlich der ersten jährlichen Konferenz "Nano Safety for Success Dialogue" erklärt die Europaabgeordnete und Verbraucherschutzpolitikerin Hiltrud Breyer MdEP (Bündnis 90/ Die Grünen):

Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, dass die EU-Kommission den Dialog über die Risiken der Nanotechnologie intensiviert. Dennoch hinken die Diskussionen der Realität hinterher: **schon längst hat die Nanotechnologie Einzug in unseren Alltag gehalten, ohne dass in der Öffentlichkeit und bei den politisch Verantwortlichen die Risiken auch nur ansatzweise diskutiert werden.** Bislang versäumt es die EU-Kommission, die Nanotechnologie zu regulieren. Dabei kommt ihr eigener wissenschaftlicher Ausschuss und zahlreiche Studie zu dem Schluss: es gibt erhebliche Wissenslücken, wie gefährlich Nanopartikel für den Menschen und für die Umwelt sind. Obwohl es nicht einmal einheitliche Analysemethoden gibt, sind wahrscheinlich schon über 700 Produkte auf dem Markt, die Mehrheit in sensiblen Verbraucherbereichen Kosmetika und Lebensmittel.

Es ist ein schwerwiegendes Versäumnis, dass die EU-Kommission den Wettlauf um den Nanomarkt ganz offen unterstützt, anstatt endlich die konkrete Regulierung in Angriff zu nehmen. Im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (FRP) wurden die Fördergelder für die Nanotechnologie verdoppelt, auf 3 Mrd. €. Die EU-Kommission ist größter öffentlicher Förderer von Nanotechnologie. Beim Geldregen fällt die Risikoanalyse unter den Tisch: im 6. FRP wurden von 1,4 Mrd. € nur 5% in Sicherheitsforschung investiert und es deutet nichts darauf hin, dass sich dies grundsätzlich ändert.

Bisher sind Appelle zur Regulierung bei der EU-Kommission auf taube Ohren gestoßen. Nun hat sie angekündigt, bis Ende diesen Jahres zu prüfen, ob Gesetze notwendig sind. **Es bleibt zu hoffen, dass die EU-Kommission endlich die Warnungen ernst nimmt und Gesetzes-Vorschläge auf den Tisch legt.**